



DER PRESSE- UND INFORMATIONSDIENST DER LANDWIRTSCHAFT

Pressedienst Nr. 15771
Donnerstag, 27. Februar 2020

Großbritannien geht mit Verhandlungsmandat auf Kollisionskurs zur EU	1
Moosbrugger: Gratulation zu 100 Jahre AK - Gemeinsam Zukunftsfragen lösen	2
EU-Milchanlieferung wurde 2019 um 0,4% gesteigert	2
Schweiz: Martin Rufer ist neuer Direktor des Bauernverbandes	3
Japan verbietet Einfuhr von Geflügel aus Deutschland	4
Lumpy-Skin-Disease: EFSA gibt Teilentwarnung	5
Agrarmesse "Salon de l'Agriculture": Macron beruhigt die Landwirte	5
Bayer Crop Science 2019 mit solider Performance in schwierigem Umfeld	5
ProWein 2020: Österreich lockt mit Masterclasses und ausgezeichnetem Jahrgang 2019	6
Berglandmilch setzt ab sofort wieder auf Mehrwegflasche	7
BayWa bietet satellitengestützte teilflächenspezifische Aussaat von Blühwiesen	7
Ukrainische Getreideexporte 2019/20 knacken die Marke von 40 Mio. t	8

**EINEN TEIL DER AUFLAGE FINANZIERT
DIE NIEDERÖSTERREICHISCHE VERSICHERUNG**



Die Niederösterreichische
Versicherung

Großbritannien geht mit Verhandlungsmandat auf Kollisionskurs zur EU

Unabhängigkeit nach Brexit betont - London droht mit Stopp der Gespräche

London, 27. Februar 2020 (aiz.info). - Die britische Regierung hat heute ihr Mandat für die Verhandlungen mit der Europäischen Union über die künftigen bilateralen Beziehungen nach dem Brexit veröffentlicht. Darin wird das Ziel einer völligen wirtschaftlichen wie politischen Unabhängigkeit betont. London droht gleich vorab mit einem vorzeitigen Ende der Verhandlungen mit der EU über die künftigen Beziehungen, sollte es bis Juni keine Fortschritte geben, berichten APA und Reuters. Die Verhandlungen sollen am kommenden Montag beginnen. * * * *

Laut dem Verhandlungsmandat der Regierung von Premierminister **Boris Johnson** will sich Großbritannien künftig nicht mehr automatisch EU-Regeln anpassen. "Wir wollen die bestmöglichen Handelsbeziehungen mit der EU, aber wir werden im Zuge der Vereinbarung nicht unsere Souveränität aufgeben", erklärte Kabinettsminister **Michael Gove**. Er betonte im britischen Parlament mehrfach, es werde keine Grenze in der Irischen See geben und befeuerte damit Spekulationen, London könnte seine Zugeständnisse aus dem Brexit-Abkommen rückgängig machen, wonach zwischen Nordirland und dem Rest Großbritanniens künftig Warenkontrollen stattfinden sollen, um die Grenze zum EU-Mitgliedstaat Republik Irland offenzuhalten.

Auch der Europäische Gerichtshof solle keinerlei Rechtsprechung in Großbritannien ausüben dürfen. "Alles, was wir wollen, ist die gegenseitige Anerkennung unserer hohen Standards und den gegenseitigen Zugang zu unseren Märkten", sagte der britische Premierminister am Donnerstag kurz vor der Veröffentlichung des Papiers vor Journalisten.

Fischereiabkommen umstritten

Neben einem Freihandelsabkommen wollen die Briten separat Bereiche wie Fischerei, Luftfahrt, Migration und Strafverfolgung klären. Brüssel hingegen peilt ein umfassendes Abkommen an, das möglichst alle diese Bereiche unter einen Hut bringt. Die Briten wollen damit offenbar den Spieß umdrehen und die EU in einzelnen Bereichen zu Zugeständnissen bewegen, bevor sie über andere Themen sprechen. Ähnlich hatte es Brüssel bei den Austrittsgesprächen gemacht. Ob das gelingen wird, ist fraglich. Auch EU-Chefunterhändler **Michel Barnier** hatte bei der Vorstellung seines Mandats gewarnt, Brüssel werde den Vertrag "nicht um jeden Preis abschließen".

Vor allem die Fischerei gilt als umstritten. Brüssel will die derzeitigen Abmachungen möglichst beibehalten, wonach EU-Fischerboote Zugang zu den besonders reichen britischen Fischereigewässern haben. Das lehnt London jedoch ab. Stattdessen wollen die Briten jährlich festsetzen, welchen Zugang sie zu ihren Gewässern erlauben.

Bis zum 31. Dezember müssen beide Seiten ein Abkommen aushandeln, das die künftigen Beziehungen regelt. Die britische Regierung pocht dabei auf völlige politische und wirtschaftliche Autonomie, will zugleich den Zugang zum EU-Binnenmarkt aber nicht verlieren, vor allem mit Blick auf Finanzdienstleistungen. Die Verhandlungen sollen am Montag beginnen, wobei das exakte Format der Gespräche noch nicht feststeht. Die 27 verbliebenen EU-Staaten hatten am Dienstag ihr Mandat für die Verhandlungen verabschiedet. EU-Chefunterhändler Barnier sagte, er erwarte "komplexe, herausfordernde und sehr schwierige" Gespräche. (Schluss)

Moosbrugger: Gratulation zu 100 Jahre AK - Gemeinsam Zukunftsfragen lösen

LK Österreich: Große Herausforderungen verlangen gemeinsame Anstrengungen

Wien, 27. Februar 2020 (aiz.info). - "Große Herausforderungen verlangen gemeinsame Anstrengungen, um sie zu meistern. Unter dem Motto 'Die Zukunft gemeinsam gestalten' tragen die Sozialpartner zusammen zur Verbesserung der wirtschafts- und sozialpolitischen Bedingungen in diesem Land wesentlich bei. Sie dienen als Ansprechpartner für die Regierung, um mit der Expertise aller beteiligten Institutionen Lösungsansätze in allen relevanten Bereichen anbieten zu können. Daher ist die Sozialpartnerschaft weiterhin notwendig und wichtig, um, über alle ideologisch geprägten Barrieren im ökonomischen, sozialen und ökologischen Bereich hinweg, zentrale strategische Zukunftsfragen zu thematisieren und miteinander Lösungen zu finden. In diesem Sinne hat die AK im vergangenen Jahrhundert Wesentliches für dieses Land erreicht", gratulierte Landwirtschaftskammer (LK) Österreich-Präsident **Josef Moosbrugger** AK-Präsidentin Renate Anderl zum heutigen 100-Jahr-Jubiläum der Arbeiterkammer. * * * *

Herausforderungen gemeinsam meistern

"Dem hohen Anspruch, für dieses Land auch in Zukunft Lösungsvorschläge für die großen Fragen anbieten zu können, werden wir nur dann weiterhin gerecht werden, wenn wir uns in unserer Lösungskompetenz weiterentwickeln. Vorschläge zur Verbesserung der wirtschafts-, umwelt- und sozialpolitischen Bedingungen in diesem Land zu machen, ist und bleibt eine wesentliche Aufgabe der Sozialpartner. Die Verantwortlichen in allen Sozialpartnerorganisationen sind sich darüber einig, große strategische Zukunftsfragen gemeinsam anpacken zu wollen", so Moosbrugger. (Schluss) - APA OTS 2020-02-26/17:01

EU-Milchanlieferung wurde 2019 um 0,4% gesteigert

Entwicklung in den Mitgliedsländern sehr unterschiedlich

Brüssel, 27. Februar 2020 (aiz.info). - Die Molkereien in der EU haben im Jahr 2019 in Summe um 0,4% mehr Milch übernommen als im Vorjahr. Im Dezember 2019 war die Menge um 1,5% größer als im Vorjahresmonat, wobei die Entwicklung in den einzelnen Mitgliedsländern sehr unterschiedlich verlief: Während etwa die Niederlande im Vergleich mit dem Vorjahresmonat ein Plus von 3,7%, Spanien +3,5% sowie Deutschland und Frankreich je +1,1% bei der Menge verzeichneten, war die Anlieferung in Irland (-5,7%) und Schweden (-3,6%) deutlich rückläufig. Dies geht aus aktuellen Daten der EU-Kommission hervor. In Österreich lag die Menge um 1,5% über dem Vorjahresniveau. * * * *

Seit Juli 2019 bewegen sich die Anlieferungsmengen in der EU über der Vorjahreslinie, nachdem diese im ersten Halbjahr phasenweise unterschritten wurde. In Richtung Herbst hat sich der Zuwachs zunächst verstärkt. Im Gesamtjahr 2019 fällt vor allem die starke Zunahme in Irland (+5,3%) und Spanien (+2%) auf, während auf der anderen Seite Schweden (-2%) und Finnland (-1%) spürbare Rückgänge in der Anlieferung verzeichneten. Die großen Produzentenländer Deutschland (-0,1%), Frankreich (-0,2%) und die Niederlande (-0,7%) blieben mit ihrer Produktion in Summe leicht unter der Menge des Vorjahres.

Deutlicher Rückgang in Australien

In den USA lag die Rohmilchproduktion im Jahr 2019 um 0,3% über dem Vorjahresniveau. Deutlich rückläufig ist die angelieferte Menge in Australien, hier wurde infolge der Trockenheit weniger Rohmilch von den Verarbeitern übernommen. Von Beginn der neuen Milchsaison (Juli) bis Dezember 2019 ergab sich ein Minus von 4,3%. Vergleichsweise moderat fiel der Produktionsrückgang in Neuseeland aus, wo von Juni bis Dezember ein Minus von 0,4% gemeldet wurde. (Schluss) kam

Schweiz: Martin Rufer ist neuer Direktor des Bauernverbandes

Er wurde zum Nachfolger von Jaques Bourgeois gewählt

Bern, 27. Februar 2020 (aiz.info). - Die Landwirtschaftskammer in Bern hat gestern **Martin Rufer** zum Nachfolger von Jaques Bourgeois als Direktor des Schweizer Bauernverbandes (SBV) gewählt. Rufer (43) stammt aus Solothurn, er hat an der ETH Zürich Agrarwirtschaft studiert und startete 2002 als wissenschaftlicher Mitarbeiter beim SBV. Seit 2008 arbeitete er im Verband als Leiter der Abteilung Produktion, Märkte und Ökologie. Für die FDP sitzt er im Kantonsrat von Solothurn, berichtet der LID Mediendienst. * * * *

Volksinitiativen bedeuten Gegenwind für Landwirtschaft

Er habe sein Amt als Bauernverbandsdirektor in einer schwierigen Zeit übernommen, sagt Rufer im LID-Interview. Auf die Schweizer Landwirtschaft kämen große Herausforderungen zu. Als Beispiele nennt er die aktuellen Volksinitiativen: So verlangt etwa die "Trinkwasser-Initiative", dass nur noch Landwirtschaftsbetriebe Direktzahlungen erhalten, die auf den Einsatz von Pflanzenschutzmitteln verzichten, ihre Tiere ausschließlich mit betriebseigenem Futter versorgen und keine Antibiotika prophylaktisch einsetzen. In eine ähnliche Richtung geht die Volksinitiative "Für eine Schweiz ohne synthetische Pestizide".

Der Bauernverband steht beiden Initiativen sehr kritisch gegenüber. Rufer verweist in diesem Zusammenhang auf eine Studie des eidgenössischen Forschungsinstituts Agroscope zur Trinkwasser-Initiative, die zeigt, dass der Selbstversorgungsgrad der Schweiz bei einer Annahme um bis zu 20% sinken würde, weil es zu Mindererträgen käme, auch die tierische Produktion würde sinken. "Der Ausfall wird dann importiert, weil sich das Konsumverhalten nicht einfach so ändert. Beide Initiativen würden dementsprechend zu Mehrimporten führen - und dies auch aus Staaten, wo die Produktionsstandards sehr tief sind", warnt der Direktor.

Gegenwind für die eidgenössische Landwirtschaft bedeutet auch die Volksinitiative "Keine Massentierhaltung in der Schweiz". Der Bauernverband hält die Initiative für unnötig. Die Tierschutzbestimmungen des Landes seien streng und es gebe bereits Regelungen zu den Tierhöchstbeständen, was eine industrielle Massentierhaltung verhindere, argumentiert der Verband.

Themen ernst nehmen und verstärkt aufklären

"Wir wollen zeigen, dass wir die von diesen Initiativen aufgegriffenen Themen ernst nehmen und die Landwirtschaft bereits daran ist, zahlreiche Maßnahmen umzusetzen. Wir müssen aber auch klarstellen, dass die Landwirtschaft nicht überall und allein in der Verantwortung steht", betont der Direktor. Es sei nötig, vor der Abstimmung über diese Initiativen eine Wissensbasis zu vermitteln und die Zusammenhänge aufzuzeigen. Nur so könne die Bevölkerung die Folgen auch richtig einschätzen. "Wir haben in den letzten Jahren viel für unser Image getan, aber vielleicht zu wenig im Bereich der Aufklärung. Da müssen wir auch nach den Abstimmungen dranbleiben", so Rufer. Die Bäuerinnen und Bauern seien die glaubwürdigsten Botschafter für die Argumente der Landwirtschaft. Gerade bei den anstehenden Volksabstimmungen sei es entscheidend, "dass jede einzelne Bauernfamilie zur Sensibilisierung beiträgt".

Kritik an zunehmender Bürokratie

Rufer erwartet, dass die Reform der Schweizer Landwirtschaftspolitik ("Agrarpolitik 22+") zu noch mehr Auflagen und einem höheren administrativen Aufwand führen wird. "Die Vorlage bringt wesentlich mehr Bürokratie. Es gibt mehr Programme und am Ende des Tages mehr Büroarbeit. Das Hauptproblem ist, dass die Komplexität der Agrarpolitik mit jeder Reform steigt. Das Versprechen, den administrativen Aufwand zu reduzieren, wird überhaupt nicht eingehalten", kritisiert der Direktor.

"Ein grundsätzliches Problem ist, dass wir eine reine Landwirtschaftspolitik machen. Wir sollten stärker in Richtung Ernährungspolitik gehen. Wir dürfen nicht nur an agrarpolitischen Schraubchen drehen, vielmehr sollten wir einen umfassenderen Blick auf die Wertschöpfungskette haben. Damit können wir mehr Logik und Kohärenz in die Politik bringen und nicht hier und da etwas ändern, was dann mit etwas anderem nicht zusammenpasst", sieht Rufer einigen Änderungsbedarf. (Schluss) kam

Japan verbietet Einfuhr von Geflügel aus Deutschland

Grund ist Nachweis der Vogelgrippe in Baden-Württemberg

Tokio, 27. Februar 2020 (aiz.info). - Japan hat die Einfuhr von lebendem Geflügel aus Deutschland untersagt. Darüber hinaus ist der Import von Geflügelfleisch, Eiern und Eiprodukten aus Baden-Württemberg verboten, wie die Germany Trade and Invest - Gesellschaft für Außenwirtschaft und Standortmarketing (GTAI) unter Verweis auf die Notifizierung des Einfuhrverbots bei der WTO mitteilt. Der Grund ist demnach der Nachweis der Vogelgrippe in einem Kleintierbestand in Baden-Württemberg, teilt Dow Jones News mit. * * * *

Wie berichtet, wurde Anfang Februar 2020 - rund drei Wochen nach einem ersten Fall von Vogelgrippe in Brandenburg in dieser Saison - auch in Baden-Württemberg ein Auftreten der Vogelgrippe nachgewiesen. Diesmal war kein Wildvogel, sondern eine Geflügelhaltung mit etwa 30 Tieren betroffen. (Schluss)

Lumpy-Skin-Disease: EFSA gibt Teilentwarnung

Erhöhte Wachsamkeit bei Rinderseuche weiterhin geboten

Parma, 27. Februar 2020 (aiz.info). - In Bulgarien und Griechenland ist die Rinderseuche Lumpy-Skin-Disease (LSD) gestoppt, meldet die Europäische Lebensmittelbehörde (EFSA). 2019 habe es keine neuen Fälle der Virusinfektion in den südöstlichen EU-Mitgliedstaaten mehr gegeben, teilt die Behörde in Parma mit. Auch die Balkanstaaten Nordmazedonien, Serbien, Albanien und Montenegro seien inzwischen wieder frei von der Rinderseuche. Allerdings gebe es keinen Grund zu einer generellen Entwarnung, betont die Lebensmittelbehörde. In der Westtürkei, in Russland und Israel seien die Fälle wieder angestiegen. Entweder habe man dort unwirksame Impfstoffe verwendet oder auf Impfprogramme verzichtet. Die EFSA mahnt deshalb Griechenland und Bulgarien, wachsam zu bleiben. Wenn die beiden EU-Mitgliedstaaten zukünftig auf Impfprogramme verzichten, sollten zumindest Impfstoffe eingelagert und Notfallpläne ausgearbeitet werden. 2015 wurde die Lumpy-Skin-Disease über die Türkei nach Griechenland in die EU eingeschleppt. (Schluss) mö

Agrarmesse "Salon de l'Agriculture": Macron beruhigt die Landwirte

Angemessene Erzeugerpreise gefordert

Paris, 27. Februar 2020 (aiz.info). - Die größte französische Landwirtschaftsmesse, der "Salon de l'Agriculture" in Paris, ist noch bis 1. März 2020 geöffnet. Die Veranstaltung ist ein Gradmesser für die Anliegen der französischen Landwirte. In diesem Jahr erinnerten die Organisatoren an den kürzlich verstorbenen Altpräsidenten Jacques Chirac, der nach Ansicht vieler Messebesucher noch "ein Herz für den Sektor" hatte. Der aktuelle Präsident Emmanuel Macron muss sich diesen Ruf erst erarbeiten. Macron kam bei seinem Besuch der Messe gerade vom EU-Gipfel in Brüssel und betonte, er habe sich erfolgreich für den Erhalt des EU-Agrarhaushalts eingesetzt. Dem widersprach Marine Le Pen von der rechten Nationalen Vereinigung. Macron habe weder den Mut noch den Willen, die französischen Landwirte vor Kürzungen zu bewahren, konterte sie. Zahlreiche Landwirte forderten auf der Messe ausreichende Erzeugerpreise. Französische Winzer erwarten eine staatliche Unterstützung wegen der angehobenen Einfuhrzölle für Weinlieferungen in die USA. (Schluss) mö

Bayer Crop Science 2019 mit solider Performance in schwierigem Umfeld

Ergebnisanstieg durch akquiriertes Monsanto-Geschäft

Leverkusen, 27. Februar 2020 (aiz.info). - Der Bayer-Konzern hat 2019 trotz schwierigem Marktumfeld, besonders im Agrarsektor, seine Finanzziele erreicht, teilte heute, Donnerstag, Vorstandsvorsitzender **Werner Baumann** auf der Bilanz-Pressekonferenz in Leverkusen mit. Im Agrargeschäft (Crop Science) steigerte Bayer den Umsatz währungs- und portfoliobereinigt (wpb.) um 1,4% auf 19,832 Mrd. Euro. Dazu trug insbesondere der Anstieg in Lateinamerika bei, während das Geschäft in Nordamerika auf Vorjahresniveau blieb, trotz Überschwemmungen und starker Regenfälle im Mittleren Westen der USA im ersten Halbjahr. Der Pro-forma-Umsatz von Crop Science, der die Übernahme von Monsanto und die damit zusammenhängenden Desinvestitionen bereits zum 1. Jänner 2018 unterstellt, verringerte sich währungsbereinigt (wb.) um 1,4%. * * * *

Positiv entwickelten sich auf dieser Basis beispielsweise die Geschäfte mit Insektiziden, Fungiziden sowie Maissaatgut und Pflanzeneigenschaften. Den deutlichsten Rückgang gab es bei Sojabohnensaatgut und Pflanzeneigenschaften, insbesondere in Nordamerika, wo geringere Anbauflächen, hoher Wettbewerbsdruck, die Wetterbedingungen und die anhaltende Unsicherheit aufgrund bestehender Handelskonflikte das Geschäft beeinträchtigten. Das Ergebnis vor Zinsen, Steuern und Abschreibung (EBITDA) von Crop Science erhöhte sich um 80,9% auf 4,796 Mrd. Euro. Der Anstieg ist insbesondere auf den Ergebnisbeitrag des akquirierten Geschäfts und Synergien aus der voranschreitenden Integration zurückzuführen.

Glyphosat: 48.600 Klagen eingegangen

Im Zusammenhang mit dem Pflanzenschutzmittel Glyphosat wurden bis zum 6. Februar 2020 in den USA etwa 48.600 Klagen zugestellt. Bayer ist davon überzeugt, dass die drei erstinstanzlichen Entscheidungen zugunsten der Kläger weder durch die vor Gericht vorgelegten Beweise noch das anwendbare Recht gestützt werden und verfolgt die Berufungsverfahren deshalb entschieden weiter. "Zuletzt hat die US-Regierung wichtige Punkte unserer Argumentation ausdrücklich bekräftigt", sagte Baumann mit Blick auf eine entsprechende offizielle Stellungnahme vom Dezember 2019. "Wir werden die drei Berufungsverfahren notfalls durch alle Instanzen betreiben." Zugleich beteilige sich Bayer konstruktiv am gerichtlich angeordneten, vertraulichen Mediationsverfahren. In diesem soll ausgelotet werden, ob ein Vergleich zu vernünftigen Bedingungen erreichbar ist, der so strukturiert ist, dass eine umfassende Lösung für den gesamten Verfahrenskomplex erreicht werden kann.

Ausblick 2020

Bei Crop Science belief sich die Marge für 2019 auf 24,2% und angepasst auf 23,8%. Für 2020 erwartet Bayer auf dieser Basis eine Steigerung auf wb. etwa 26%. Die Prognose enthält allerdings noch keine Abschätzung der Effekte, die sich durch den Ausbruch des Coronavirus ergeben können. (Schluss)

ProWein 2020: Österreich lockt mit Masterclasses und ausgezeichnetem Jahrgang 2019

Über 330 heimische Winzer sind in Düsseldorf vor Ort

Wien, 27. Februar 2020 (aiz.info). - Von 15. bis 17. März 2020 versammeln sich internationale Branchenkenner bei Europas bedeutendster Weinmesse ProWein in Düsseldorf. Österreich wird mit rund 330 Winzern, dem ausgezeichneten Jahrgang 2019 und 16 attraktiven Masterclasses in Halle 17 vertreten sein. 2019 erweiterte die Österreich Wein Marketing GmbH (ÖWM) ihren Stand C30 in der Halle 17 um eine großzügige Seminarfläche. Die dort angebotenen themenspezifischen Masterclasses stellten sich als wahre Besuchermagneten heraus. "Unser proaktiver Ansatz, den Fachbesuchern der ProWein mit Masterclasses einen spürbaren Mehrwert beim Besuch der Österreich-Halle zu bieten, wurde letztes Jahr fantastisch aufgenommen", freut sich Neo-ÖWM-Chef **Chris Yorke**. "Es liegt somit nahe, dieses erfolgreiche Konzept in diesem Jahr fortzuführen." * * * *

Die Messeorganisatoren erwarten heuer über 60.000 Besucher aus aller Welt, darunter Händler, Gastronomen und Journalisten. Die 16 Masterclasses am ÖWM-Stand bieten hier eine zusätzliche fachliche Tiefe für die Branchenexperten. "Es ist essenziell, dass wir um die knapp bemessene Zeit der Messebesucher mit relevanten Themen werben. Einerseits kann man sich bei unseren Masterclasses in kurzer Zeit einen guten Überblick über eine Stilistik beziehungsweise Rebsorte verschaffen, andererseits tief in eine Materie eintauchen und mit Experten direkt interagieren. Daher sehen wir unsere Seminare als perfekte Ergänzung zum Angebot der ausstellenden Winzer", erläutert **Christian Zechmeister**, ÖWM-Bereichsleiter für die Märkte Österreich und Deutschland.

"Besonders punkten werden Österreichs Winzer mit den ersten Weinen des 2019er-Jahrgangs. Ausgezeichnete Qualitäten in allen Gebieten lassen erwarten, dass 2019 - wie die herausragenden Jahrgänge 1999 und 2009 - ein 'echter Neuner' wird. Die Reserven des Jahrgangs 2019 werden dann bei der ProWein 2021 für Furore sorgen", ist Yorke überzeugt. (Schluss)

Berglandmilch setzt ab sofort wieder auf Mehrwegflasche

8 Mio. Euro in Umstellung auf nachhaltiges Abfüllsystem investiert

Wien/Aschbach, 27. Februar 2020 (aiz.info). - Die Berglandmilch, Österreichs größtes Molkereiunternehmen, bietet ab sofort Milch in der Ein-Liter-Mehrwegflasche österreichweit im Handel an. Pro Milchflasche wird im Supermarkt ein Pfand von 22 Cent erhoben, das Konsumenten bei der Rückgabe wiederbekommen. * * * *

"Wir stellen die bisherige Einweg-Glasflasche völlig ein und setzen ganz auf die Mehrweg-Glasflasche, die 15-mal wiederbefüllt wird. Damit reduzieren wir das bisher benötigte Verpackungsmaterial enorm und schützen das Klima und die Umwelt", so Berglandmilch-Geschäftsführer **Josef Braunhofer**. Die Molkerei hat 8 Mio. Euro in die Umstellung auf ein nachhaltiges Abfüll- und Waschsysteem am Standort Aschbach in Niederösterreich investiert. Weitere Produkte sind 2020 in Planung, wie etwa eine Halbliter- und eine Leichtmilch-Mehrwegflasche. Anfang der 1990er-Jahre wurden noch rund 80% aller Getränke in Österreich in Mehrwegflaschen abgefüllt, heute sind es nur mehr knapp 20%. (Schluss)

BayWa bietet satellitengestützte teilflächenspezifische Aussaat von Blühwiesen

Beitrag zur Erhaltung der Artenvielfalt

München, 27. Februar 2020 (aiz.info). - Bereits seit 2018 bietet der deutsche Agrarhandelskonzern BayWa die satellitengestützte teilflächenspezifische Maisaussaat und Düngung an. Damit kann der Landwirt auf Teilflächen, die als ertragsschwach identifiziert werden, Dünger beziehungsweise Saatgut reduzieren, während er Hohertragszonen umso intensiver bewirtschaftet. Nun stellt die BayWa ein Digital-Servicepaket zur Verfügung, mit dem der Bauer solche ertragsschwachen Teilflächen im Sinne der Ökologie nutzen kann. "Es geht darum, auf Niedrigertragszonen ökologisch wertvolle Blühflächen anzubauen", erklärt Produktmanager **Hans Koch**. "Der Landwirt leistet so einen wichtigen Beitrag zur Erhaltung der Artenvielfalt und kann gleichzeitig Förderungen aus den deutschen Agrarumweltprogrammen in Anspruch nehmen", so Koch. * * * *

Die BayWa stellt die satellitenbasierten Karten zur Analyse des Ackerschlags, die Applikationskarte für die teilflächenspezifische Ausbringung, die Beratung zum geeigneten Saatgut sowie die Blütmischung als Gesamtpaket zur Verfügung. "Auch Landwirte, die noch keine Erfahrung mit Smart Farming haben, können das Paket nutzen, und zwar ohne in aufwändige Sätechnik investieren zu müssen", versichert Koch. (Schluss)

Ukrainische Getreideexporte 2019/20 knacken die Marke von 40 Mio. t

75% der Exportprognose für Gesamtsaison fast erreicht

Kiew, 27. Februar 2020 (aiz.info). - Die Ukraine hat seit Anfang 2019/20 etwa 40,08 Mio. t Getreide an den Außenmärkten veräußert, teilten die Landesmedien am Mittwoch unter Berufung auf Angaben des Ministeriums für Wirtschaft, Handel und Landwirtschaft mit. Gemessen am gleichen Zeitraum des vergangenen Wirtschaftsjahres sind es um gut 7,6 Mio. t mehr. Die bisherige Menge entspricht fast 75% der Exportprognose des Ressorts für die gesamte Saison. Unter anderem beliefen sich die Ausfuhren von Weizen auf rund 16,45 Mio. t sowie die von Körnermais auf 19,12 Mio. t und von Gerste auf 4 Mio. t. Zudem wurden bislang zirka 5.000 t Roggen exportiert. Gleichzeitig fielen die Mehlexporte mit etwa 253.300 t um 79.000 t umfangreicher aus. Wie berichtet, sind im Land laut den vorläufigen statistischen Angaben fast 75,1 Mio. t Getreide einschließlich Leguminosen eingebracht worden, was einem neuen Produktionsrekord entspricht. (Schluss) pom